

# Linke im Abschiebemodus

## Grundrechte nach Finanzlage

*Susan Bonath*

---

Eine neue soziale Alternative für alle Abgehängten? Im Juni 2007 trat die Linke als Produkt aus PDS und WASG ihren bundesweiten Kampf gegen den Neoliberalismus an. Siebeneinhalb Jahre später gelang es ihr, mit Bodo Ramelow den ersten Ministerpräsidenten eines Bundeslandes im Freistaat Thüringen zu stellen. Nach einem Jahr im Amt dürfte dieser die Hoffnungen vieler Wähler in seine Partei jedoch enttäuscht haben: Wenn es eng mit den Finanzen wird, so zeigt sich nun, schrumpft die vielgepredigte Solidarität mit den schwächsten Opfern im kapitalistischen Wahnsinn. Ein Thüringer Flughafen soll zu einer der wichtigsten Abschiebestationen in Deutschland umfunktioniert werden. Die Landeskoalition aus Grünen, SPD und Linken werde sich dem nicht verschließen, hieß es kurz und knapp.

Dabei war die Linke im vorigen Jahr unter anderem mit dem Slogan »Refugees welcome« in den Wahlkampf gezogen. Kaum im Amt, verkündete Bodo Ramelow einen Abschiebestopp für den damals bevorstehenden Winter. Niemand dürfe bei Schnee und Kälte, was vor allem in den Ländern auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien drohe, alleine gelassen werden, begründete seine Fraktion gemeinsam mit den Grünen – zum Ärgernis der SPD – das Vorhaben. Und sie zogen es durch. Flüchtlinge hieß der Ministerpräsident persönlich am Bahnhof willkommen. Große Pläne für die Integrationsarbeit wurden verkündet. Auch Roma aus dem angeblich sicheren Balkan und andere Armutsfüchtlinge hätten ein Recht im reichen Deutschland. Man appellierte an das mitmenschliche Gewissen der Thüringer. Doch mit dem Elend wuchs die Zahl der Flüchtlinge. Die Fremdenfeindlichkeit nahm zu, die Anzahl der verfügbaren, noch nicht privatisierten Unterkünfte ab, klamme Kommunen rutschten immer tiefer in die Abwärtsspirale zwischen Verschuldung und Haushaltssperren.

Die Folge: Die Linke in Thüringen hat sich der neoliberalen Ausgrenzungspolitik ergeben. Massenabschiebungen werden folgen, ob mit oder ohne Drehkreuz, ungeachtet der Tatsache, dass die Winter im ehemaligen Jugoslawien nicht plötzlich milder geworden sind. Auch die Linke wird künftig einteilen in erwünschte und unerwünschte Migranten. Existenzgefährdende Armut wird als Fluchtgrund auch von der Partei, die den Slogan

»Grundrechte kürzt man nicht« propagiert, fortan negiert werden. Eine alternativlose Politik in der Krise? Mitnichten. Doch allzu klare Ansagen gegen Aufrüstung, Waffenexporte, fortgesetzte Privatisierungen, unmissverständliche Forderungen nach Umverteilung der Kosten nach dem Verursacherprinzip könnten an den Regierungstühlen sägen, wenn es ernst wird. Die Flüchtlingskrise in Zeiten imperialistischen Dauerfeuers zeigt hier vor allem eins: Linke Politik kann parlamentarisch höchstens marginal umgesetzt werden. Das wird auch nicht besser, wenn die Thüringer Staatskanzlei auf Presseanfragen penetrant schweigt und die Behörde des grünen Migrationsministers vorschickt.

---

<http://www.jungewelt.de/2015/11-04/039.php>